

# Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Riefa. Druckerei: Riefa. Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptkassamts Weihen, sowie des Gemeinderates Gröda.

Verlagsort: Dresden 1880. Sitzelstraße Nr. 52.

Nr. 207.

Montag, 5. September 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Zustellgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewisse für den Rest des Monats an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht abgenommen. Preis für die 4. Spalte 1.10 Mark, 3. Spalte 1.— Mark, 2. Spalte 80 Pf., 1. Spalte 60 Pf., 1/2 Spalte 40 Pf., 1/4 Spalte 20 Pf., 1/8 Spalte 10 Pf., 1/16 Spalte 5 Pf., 1/32 Spalte 2 Pf. 50 Pf. Bei längerer Anzeigenfrist wird ein besonderer Preis vereinbart. Im Falle längerer Anzeigenfrist wird ein besonderer Preis vereinbart. Im Falle längerer Anzeigenfrist wird ein besonderer Preis vereinbart.

## Abrundung beim Steuerabzug.

Nach einem Erlaß des Reichsministers der Finanzen ist der bei der Lohnabführung eingehaltene Steuerbetrag auch bei wöchentlichen und monatlichen Lohnabzügen, also nunmehr in allen Fällen, auf volle sechs Wochen nach unten abzurunden. Die bisher bei Lohnabzügen für eine Woche oder einen längeren Zeitraum vorgeschriebene Abrundung auf eine volle Mark nach unten ist nicht mehr statthaft. Riefa, am 5. September 1921. Das Finanzamt.

## Müllerzwangsstimmung

für die Amtsgerichtsbezirke Großenhain und Riefa. Nachdem auf Grund der Bekanntmachung vom 6. August dieses Jahres in der dort

festgesetzten Frist 41 Müller für die Gründung einer Müllerzwangsstimmung für die Amtsgerichtsbezirke Großenhain und Riefa sich ausgesprochen haben, wird hierdurch wieder öffentlich bekannt gemacht, daß die Liste derer, die Erklärungen abgegeben haben, in der Zeit vom 8. September bis mit 17. September 1921 wochentags in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags in der Amtshauptmannschaft, Zimmer Nr. 14, zur Erhebung etwaiger Widersprüche zur Ansicht ausliegt. Nach Ablauf dieser Frist angebrachte Widersprüche müssen unberücksichtigt bleiben. Großenhain, den 4. September 1921. Der Kommissar. Clafer, Regierungsrat. 1137 o. F.

## Die Ehre der Parlamentarier wird geküßt.

In einer vom Wahlkreisverband des Zentrums in der Berliner Stadthalle einberufenen Versammlung hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Wirth eine Rede, in der er gegen die Verleumdungen Erzberger's Stellung nahm. Weiter erklärte er, er hoffe für diese Woche auf eine freundschaftliche Einigung mit der bayerischen Regierung. Er betonte die Notwendigkeit, die Republik gegen Angriffe von rechts zu schützen, und sagte: Wir brauchen ein Gesetz und ich will mich dafür einsetzen, daß es schnell kommt — das die Ehre unserer Mitbürger, die im politischen Kampfe stehen, schützt, genau so, wie das in England und anderen parlamentarisch regierten Ländern schon längst der Fall ist. Weiterhin würdigte er die Verdienste Walter Rathenau's. Nach einer Würdigung der Erzberger'schen Steuerreform richtete der Reichstagsabgeordnete scharfe Angriffe gegen die Großkapitalisten. Diese haben die Belastungen der Goldmilliarde sehr erhöht. Sie haben keineswegs patriotisch gehandelt, sondern immer wieder aus Egoismus und Gewinnlust, weil sie die Ablieferung der Devisen immer wieder verschoben in der Hoffnung, daß der Dollar weiter steigen werde. Er schloß, indem er darauf hinwies, daß Deutschland nur auf demokratischer Grundlage gefunden könne. Von dieser Politik werde er keinen Schritt abweichen. Er sei bereit, gegen die Reaktion alle staatlichen Machtmittel einzusetzen.

## Stresemann gegen einen Bloß der Rechten.

In einer Rede auf dem Wahlkreis-Parteitag Magdeburg-Anhalt der Deutschen Volkspartei erklärte Dr. Stresemann, es sei notwendig, daß die Ausprägung von Banknoten nicht mehr ohne Genehmigung des Reichstages vor sich gehen dürfe. Von der Regierung verlange die Partei unparteiische Anwendung des Ausnahmestandes und die Herstellung geordneter Verhältnisse gegen die Wirtschaft linksradikaler Parteien. Er wandte sich gegen den Gedanken eines Bloßes der Rechten, dem eine Linksmehrheit im Reich und den meisten Ländern gegenüberstehen würde, wodurch die Spaltung des Volks in zwei Teile zur Dauererscheinung werden würde. Es sei nichts anderes als eine Kompromißpolitik möglich.

## Ein Aufruf der badiischen Regierung.

Die badiische Regierung erläßt einen Aufruf an das badiische Volk, worin es heißt: Zum Schutze der Verfassung und der Befehle hat die Reichsregierung außerordentliche Maßnahmen treffen müssen, die unsere volle Zustimmung finden und die in Baden mit gerechter Strenge angewandt werden sollen. Mitbürger! Beweist auch jetzt auf neue unsere Treue der demokratischen Republik. Von den Beamten erwarten wir, daß sie jederzeit eine zuverlässige Stütze für Volk und Regierung bilden und in bewährter Richterfülle für den Schutz der Verfassung und der Befehle eintreten und so das Vertrauen des Volkes in die Sicherheit der Republik stärken. Die Lehrer der Volks-, Mittel- und Hochschulen sind berufen, die Jugend zur Erkenntnis ihrer Pflichten anzubahnen, damit sie das Urgebot zur Sicherung der vom Volke geschaffenen Republik tun könne und sich am Wiederaufbau beteilige.

## Im Ueberwachungsausschuß des Reichstages

prüfte in der Sonnabend-Sitzung Dr. Weberle (Bayer. Volksp.) die Momente der sich anbahnenden Berücksichtigung in den Beziehungen zwischen Reich und Bayern und sagte, der bayerische Ausnahmezustand sei absolut nicht verfassungswidrig. Reichstagsabgeordneter Dr. Wirth erwiderte u. a., er habe bereits gestern mit den beauftragten Herren aus Bayern die Lage, wie sie sich im Reich und in Bayern ergeben habe, eingehend und sachlich durchgesprochen. Alle drei Herren aus Bayern haben mitgeteilt, daß sie bereit sind, sofort in Verhandlungen mit dem bekannten Ziele einzutreten. Es hat sich aber bei der Vorphandlung herausgestellt, daß doch auch eine Reihe von Mißverständnissen vorhanden war. Ich habe den Herren aus Bayern angeboten, daß die bayerische Staatsregierung zunächst auf Grund des Berichtes, den die Herren in München erstritten wollen, zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen soll und daß wir dann Anfang nächster Woche hier in Berlin wieder zusammenkommen wollen, um die Beratungen, die ich hoffe, zu einem guten Ende zu bringen. Die badiischen Herren haben dieser meiner Anregung zugestimmt und werden sich während Mittwoch zu dieser Beratung mit uns wieder zusammensetzen.

Der Ausschuß beschloß nach erfolgter Aussprache, zunächst erst einmal die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung abzuwarten und irgendwelche Beschlüsse noch nicht zu fassen. Der Vorsitzende Dr. Meerfeldt (Sos.) verkündet alsdann, daß sich der Ausschuß bis zum Freitag den 9. September versage, bis zu welchem Termin aller Wahrscheinlichkeit nach die Verhandlungen zwischen dem Reich und Bayern abgeschlossen sein werden.

## Prohungen des Vormärts.

Der „Vormärts“ bringt in seiner Sonntagsausgabe an der Spitze des Blattes unter der Ueberschrift: „Wir warnen Bayer-Bauern!“ folgende Auslassungen: Das bisherige Verhalten der bayerischen Regierung hat die Arbeiterschaft des Reiches, insbesondere aber die Sozialdemokratische Partei Deutschlands veranlaßt, Schritte zu unternehmen, die im Falle einer weiteren Sabotage der Anordnungen des Reiches verwirklicht werden können. Die bayerische Regierung soll sich über den Ernst der Situation nicht täuschen, zumal die Arbeiterschaft und insbesondere die Sozialdemokratie bereit ist, alles zu unternehmen, um die Reichseinheit zu schützen und den Maßnahmen der Reichsregierung Nachdruck zu verleihen. Wir glauben richtig informiert zu sein, wenn wir darauf hinweisen, daß die Vorbereitungen zur Verwirklichung dieser Schritte bereits getroffen sind.

## Die Zeitungsbefehle.

Der „Halle'schen Zeitung“ ist auf ihre Verletzungen beim Minister die Genehmigung zum Wiedererschließen erteilt worden.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten ist die „Halle'sche Zeitung“ durch Befehl des Reichspräsidenten verboten worden. Son zuständiger Stelle in Berlin wird M.B. mitgeteilt: Die „München-Augsburger Abendzeitung“ vom 2. September bringt in einem Entlassungsübersichtlichen Artikel u. a. die Behauptung, die Zahlung der August-Williarde habe der Reichsregierung nicht weniger als 50 Milliarden Papiermark gekostet. Sie verbindet damit in hypothetischer Form beleidigende Angriffe gegen den Reichskanzler und spricht von einem Panzerrott der „nichtsahnenden“ Erfüllungspolitik. — Die Meldung trägt den Stempel der Fälschung in den Augen jedes Urteilsfähigen an sich. Es sei jedoch noch ausdrücklich festgestellt, daß die für die Zahlung der ersten Williarde tatsächlich aufgewendete Summe nur einen Bruchteil der angegebenen Ziffer beträgt. Die Wahrheit ist ein Beispiel dafür, daß eine gewisse Presse vor nichts zurückweicht, auch nicht vor der Diskreditierung des eigenen Landes, um Verwirrung zu stiften und das Ansehen der Reichsregierung zu untergraben.

## Die zweite Tagung des Völkerbundes.

Aus Genf wird gemeldet: Alle schon seit einer Woche währenden Vorbereitungen für die heute (Montag) vormittag 11 Uhr beginnende zweite Völkerverversammlung in Genf sind abgeschlossen. Die meisten Delegierten sind bereits in Genf angelangt; einige Delegationen weilen hier schon seit einer Woche wegen der oberhalbstehenden Frage. Die Stimmung in Genf ist heute nicht so feucht wie im letzten Jahre, als die Völkerverbändeversammlung der kriegenden Sonnenkinder und flatternden Fahnen eröffnet wurde. Während ein schweres und trübes Regenwetter über der Stadt liegt, waren auch heute wieder an den Hotels, in denen die Vertretungen abgeblieben sind, die Nationalfahnen herausgehängt; aber man sieht keine neugierigen und aufgereizten Menschenmengen wie im vorigen Jahre, und der Reiz der Neuheit fehlt. Die Teilnahme des Genfer Publikums ist verhältnismäßig gering. 47 Staaten sind angemeldet. Der Andrang der ausländischen Journalisten, die zum großen Teil seit Beginn der Beratungen über Oberflächlichkeiten hier weilen, ist ziemlich hart; besonders die französische Presse ist zahlreich vertreten. Das Völkerverbandssekretariat hat umfassende Vorkehrungen getroffen für die Erleichterung der journalistischen Berichtserstattung. Die erste Sitzung wird heute Montag vom Präsidenten des Völkerbundes, Wellington Koo, eröffnet werden.

## Die Abrüstungsfrage im Völkerverbund.

Die Abrüstungskommission des Völkerverbundes hat mit 11 gegen 9 Stimmen das von Jonhaur vorgeschlagene Protokoll angenommen, das die eventuelle Einberufung einer internationalen Konferenz vorsieht, die sich mit dem Verbot oder der Errichtung einer Kontrolle der Waffenfabrikation beschäftigen soll.

## Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei.

Abg. Edler v. Braun eröffnete die Sitzung am Sonnabend mit einer Darlegung der zum Wiederaufbau erforderlichen wirtschaftlichen Maßnahmen. Der Marxismus ist unbedeutend und auch sozialistische Kreise glauben nicht mehr an ihn. Die Aufmerksamkeit muß weitergeführt werden, und es hat noch nie einen so günstigen Zeitpunkt gegeben, das völlige Verlangen der sozialistischen Lehren auszunutzen. Der deutsche Nationalstolz muß wieder geweckt werden. Die Uüge vom deutschen Schuldverhältnis muß beseitigt werden. Auch die Koalitionsparteien glauben nicht an die Erfüllbarkeit des Ultimatum's. Sie wollten aber den guten Willen zeigen. Die Regierung erwacht nur im Auslande den Eindruck, als ob wir zahlen

könnten und nur die bösen Nationalisten das nicht wollten. Wie soll dann eine Revision möglich werden, wo man auch im Auslande, speziell in England schon einleitet, daß der Vertrag unhaltbar ist. Der Redner schloß seine Darlegungen über die Wirtschaft- und Finanzpolitik mit Ausblicken in die Zukunft. Er sieht einen Ausweg aus dem allgemeinen Elend darin, daß wir Deutschen den Wiederaufbau Rußlands, der ohne fremde Hilfe nicht erfolgen könne, unter Verzicht auf jeden eigenen Gewinn, der den Reparationsverpflichtungen zuzuführen würde, übernehmen. Diese Aufgabe Deutschlands wäre eine Lösung, die auch zur Völkerverbündung führen könnte.

Stürmisch begrüßt, betrat dann Staatsminister a. D. Dr. Helfferich das Rednerbühne zu seinem Vortrag über die Lage der deutschen Finanzen. Ohne Steigerung der Arbeitsleistung ist jede Lohnhöhung nur ein Trost in der Straube ohne Ende. Es ist eine Laubhüttenidee, die Schäden des Krieges einem einzigen Volk aufzuladen. Heute steht die Rechnung für mindestens 130 Milliarden Papiermark jährlich. Diese 130 Milliarden aus dem deutschen Volke herauszubringen, habe sich die Regierung anheißig gemacht. Was er am 6. Juli im Reichstage über die Unmöglichkeit der Ententeforderungen gesagt habe, sei inzwischen vollst. von dem Engländer Keynes bekräftigt worden. An einem bestimmten Zeitpunkt, der zwischen Februar und August 1922 liegen werde, müsse Deutschland der unvermeidlich eintretenden Zahlungsunfähigkeit entgegen treten.

Der Vorsitzende Dr. Hergt stellte unter großem Beifall fest, daß die Deutschnationalen Volkspartei sich trotz aller Angriffe und Drohungen schärfend vor Dr. Helfferich stellen werde. Der Kanzler hat eine neue Kampfbahn an alles Deutschnationalen erlassen. Wir werden jedenfalls unsern Kampf stellen. Es gibt einen schweren Kampf, wir nehmen ihn aber auf. Der Gelang „Ich hab' mich ergeben“ schloß die Tagung.

## Die Prozesse gegen die Kriegsschuldigen.

Der französische Justizminister Bonnevial hielt gestern bei der Ueberreichung des Kriegeserkenntnisses an das Völkergeschichtsbüro eine Rede, in der er die Prozesse vor dem Völkergeschichtsbüro, besonders diejenigen gegen den General Stenger und den Major Grünig, und erklärte: Frankreich hat jetzt kein Interesse mehr daran, was in Leipzig beschlossen oder nicht gerichtet werden wird; aber es wird die Suche nach den Schuldigen und ihren Verbrechen nicht aufgeben. Es wird nicht fremden oder internationalen Gerichten die Sorge anvertrauen, sie zu richten. Es gibt Richter in Frankreich. Der Richter für die Verbrechen, die durch Mitterverbrechen begangen worden sind, ist das Völkergeschichtsbüro. Die in Romem begangenen Verbrechen werden vor diese Gerichtsbarkeit gebracht werden, und ich habe die Gewissheit, daß das allgemeine Gewissen, das die Bestrafung der Schuldigen fordert, durch die Entscheidungen befriedigt sein wird, die die gewissenhaften französischen Richter fällen werden.

Aus Lille wird gemeldet: Das Kriegsgeschichtsbüro hat folgende Urteile gefällt: Iwanja Jahre Zwangsarbeit gegen den Kommandanten Fruznabba (Fruznabba?) von der 24. sächsischen Infanterie-Abteilung und den Leutnant Ritter vom 18. Wäner-Regiment wegen angeleglicher Mißhandlung des Bürgermeisters von Landgard. Außerdem erhielten Leutnant Vignear wegen angeleglicher Mißhandlung einer Waise in Carbis 20 Jahre Zwangsarbeit. Der Militär-Justizrat Buchholz 12 Jahre Zwangsarbeit und (ein ?) Polizeiverwalter in Hannebege zwei Jahre Zwangsarbeit. Des weiteren wurden mehrere Unteroffiziere wegen angeblichen Diebstahls verurteilt.

## Die ablehnende Antwort der Sinnfeiner.

Neuer meldet: Die Sinnfeiner haben die Friedensvorschlüge Lord Georges abgelehnt. Die irische Antwort erklärt, daß das Volk Irlands keine freiwillige Union mit England anerkenne und das das fundamentale natürliche Recht in Anspruch nehme, frei für sich selbst zu wählen, um sein nationales Geschick zu verwirklichen. Die Iren hätten sich mit überweltlicher Mehrheit für die Unabhängigkeit ihrer Republik erklärt und diesen Entschluß nicht als einmalig bekräftigt. England handle, als ob Irland durch Abbruch einer Union mit England verbunden werde, die eine Trennung verbiete. Gestützt auf diese Theorie nähmen Regierung und Parlament in England das Recht in Anspruch, über Irland zu herrschen und ihm Gesetze zu geben, selbst bis zu dem Grade, daß sie das irische Gebiet gegen den Willen des Volkes teilen und jeden irischen Bürger, der die Untertanenschaft ablehnt, töten oder ins Gefängnis werfen. In der Antwort heißt es weiter, daß die Iren die ihnen am 20. Juli übermittelten englischen Vorschläge, die in fundamentaler Weise auf dem englischen Standpunkte beruhen, unwillkürlich ablehnen. Die Vorschläge seien nicht eine Einladung an Irland, in eine freigestellte Gemeinschaft mit den freien Nationen des britischen Reiches einzutreten, sondern die Bedingungen anzunehmen, die sich aus einem endgültig mündiger